

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 18. Mai 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Claassen, Cyperrek, Denzer (bis 20.10 Uhr), Escher, Glattacker, Herzog, Höfler, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl (ab 18.00 Uhr), Werthaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Böhringer, Di Prima, Heuer, Salinas de Huber, Sommer
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer (ab 17.50 Uhr) Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 18.55 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Frick Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Sproß (18.15 bis 20.15 Uhr) Betriebsleiter Droll Stellv. Fachbereichsleiter Hain Stell. Fachbereichsleiter Haasis Frau Dahms (bis 17.55 Uhr) Herr Schreiber (bis 19.10 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Roßkopf und Stadtrat Koesler
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.25 Uhr

Der Vorsitzende bittet vor Eintritt in die Tagesordnung um das Einverständnis der Mitglieder des Gemeinderates, den Tagesordnungspunkt 2 der öffentlichen Sitzung zu verschieben und begründet dies. Die Mitglieder des Gemeinderates sind hiermit einverstanden.

TOP 1

"Das Leitbild der Bürgerschaft in Politik und Verwaltung"

Verknüpfung politischer Schwerpunkte mit den Zielen des Leitbildes der Bürgerschaft

Vorlage: 079/2017

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er führt kurz in die Thematik der vorliegenden Beschlussvorlage ein. Die Thematik sei bereits recht umfänglich vorberaten worden. Man wolle im Leitbildprozess nun weiter vorankommen.

Stadtrat Lusche erklärt, dass die Verabschiedung der vorliegenden Beschlussvorlage eine Etappe auf einer längeren Wegstrecke sei. Er habe den Prozessablauf teilweise kritisch gesehen. Wichtig sei eine methodisch richtige Umsetzung. Mit dem vorgesehenen weiteren Vorgehen sei er nun zufrieden. Die Verwaltung dürfe die personelle Situation und die Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht außer Acht lassen. Er begrüße dennoch die Evaluation des Leitbilds. Er wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass der Leitbildprozess nicht nur eine Placebo-Wirkung haben dürfe. Der Prozess müsse gut strukturiert sein und die Bürgerinnen und Bürger weiterhin fest einbinden. Sie wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Salach dankt der Verwaltung für die Vorlage. Der Antrag der Fraktion der Grünen sei indes berücksichtigt worden. Sie wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Claassen sagt, dass die Fraktion der Freien Wähler den Leitbildprozess insgesamt für gut befinde, wobei wenn es einige wenige Kritikpunkte gebe. Letztlich sei der Gemeinderat das entscheidungsfindende Organ in der Stadt. Die Bürger müssten verstehen, dass nicht alle Wünsche realisierbar seien. Die Verwaltung müsse beim weiteren Vorgehen stets ressourcenschonend arbeiten.

Stadtrat Lindemer führt aus, dass es durchaus sinnvolle Beteiligungsformate gebe, wie beispielsweise im Rahmen der IBA Basel 2020. Die Ziele, welche sich aus dem Leitbildprozess ergeben hätten, seien allerdings viel zu allgemein formuliert worden.

Stadtrat Koesler äußert, dass der Leitbildprozess nicht tief genug in der Bürgerschaft verankert worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass letztlich der Gemeinderat über die Entscheidungsgewalt verfüge. Jedoch müsse die Bürgerschaft bei politischen Entscheidungsprozessen einbezogen werden. Die bisherigen Ziele aus dem Leitbildprozess müssten noch konkretisiert werden. Es seien jedoch schon einige konkrete Ziele vorhanden. Manche Ziele seien recht pauschal, dafür aber strategisch angelegt.

Stadtrat Bernnat betont, dass der Gemeinderat nicht abgekoppelt von der Bürgerschaft agiere, sondern von dieser gewählt sei und diese auch repräsentiere.

Der Gemeinderat fasst sodann, bei 4 Gegenstimmen, mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Struktur des Zieleprozesses zu.
2. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 3. Januar 2017 wird insofern modifiziert, dass der Abgleich mit den Zielen des Leitbildes der Bürgerschaft nicht bei allen Beschlussvorlagen der Verwaltung erfolgen wird. Beschlussvorlagen, die der Annäherung und -erreicherung der strategischen und operativen Ziele und den damit verbundenen Zielen des Leitbildes der Bürgerschaft dienen, werden zukünftig gekennzeichnet. Zudem wird die Verwaltung beauftragt entsprechend der neuen Struktur des Zieleprozesses regelmäßig zu berichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag für die strategischen und operativen Ziele auf Grundlage der „Zentralen Handlungsfelder“ als Ergebnisse der Klausur des Gemeinderats (Vorlage 097/2015) zu formulieren, mit den Zielen des Leitbildes der Bürgerschaft zu verknüpfen und dem Gemeinderat im Juni für den Einstieg in den neuen Zieleprozess zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 2

Zollquartier Lörrach Riehen

Vorlage: 083/2017

- abgesetzt -

TOP 3

Kulturleitlinien Lörrach

Vorlage: 023/2017

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor.

Im Namen der CDU-Fraktion erklärt Stadträtin Roßkopf die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Stadträtin Cyperrek schließt sich der Zustimmung im Namen der SPD-Fraktion an und verweist auf den langen Weg bis zu den vorliegenden Kulturleitlinien. Sie dankt allen hie-

ran Beteiligten und fragt, ob auch die traditionellen Vereine im Entwicklungsprozess eingebunden gewesen seien. Zudem möchte sie wissen, ob die interviewten Einzelpersonen aus Lörrach und dem Kulturbereich gekommen seien. Nun gelte es die Kriterien umzusetzen. Die Messlatte für die Kulturförderung sei hoch.

Stadtrat Wernthaler hält die Formulierungen der Beschlussvorlage für teilweise unspezifisch. Die Vernetzung der Kulturschaffenden untereinander hält er für wichtig und die Anzahl der Fragebögen und Experteninterviews für nicht repräsentativ. Er sieht eine große Herausforderung darin, nun transparente und einfache Förderkriterien zu entwickeln. Eine externe Begleitung würde er hierbei begrüßen. Er bedankt sich für die geleistete Arbeit und erkundigt sich abschließend, wo sich die Musikvereine und sonstigen Vereine in den Leitlinien wiederfinden.

Fachbereichsleiter Frick erklärt, dass die Kulturleitlinien das Verständnis der Kulturstadt Lörrach wiedergeben. Die interviewten Einzelpersonen würden sich in bestimmter Art und Weise in das Kulturleben einbringen. Die Umfrage habe man mit geringem Budget bestritten. Es sei absehbar gewesen, dass diese nicht repräsentativ sein werde. Zum Kulturforum habe man alle Aktiven im Kulturbereich eingeladen. Hinsichtlich des Bedarfs einer externen Beratung schlägt er vor, den weiteren Verlauf abzuwarten.

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen. Er sei auf die weitere Arbeit gespannt.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt den Kulturleitlinien der Stadt Lörrach zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zur Erreichung der in den Kulturleitlinien formulierten Ziele.

TOP 4

Neuer Standort für das Museumsdepot

Vorlage: 078/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und teilt mit, dass man den Neubau des Museumsdepots im Aichele-Park im 3D-Stadtmodell simuliert habe.

Stellv. Fachbereichsleiter Hain veranschaulicht einen Bau des Depots in ein- und zweigeschossiger Bauweise im Aichele-Park (Anlage 1).

Der Vorsitzende erklärt, dass der Bau des Museumsdepots im Aichele-Park einen massiven Eingriff darstellen würde. Die Verwaltung habe dies fundiert geprüft und halte daher den Standort Hugenmatt für optimal. Eine Belebung des Parks solle mit dem BBV angestrebt werden.

Stadtrat Glattacker verdeutlicht, dass das Dreiländermuseum das Depot benötige und daher die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Stadtrat Bernnat erklärt, dass der Antrag auf Errichtung des Depots im Aichele-Park einen gewissen Charme gehabt habe, er aber die Argumentation der Stadt verstehe und mit dem Standort Hugenmatt gut leben könne. Der Neubau müsse jedoch bald kommen. Die Fläche sei optimal zu nutzen. Daher sei eine Wohnnutzung im 2. Stock zu prüfen. Er spricht sich gegen eine Realisierung mit der Bürgerstiftung aus.

Stadtrat Wernthaler findet hingegen die Kooperation mit der Bürgerstiftung gut. Aufgrund der Kosten für die Zwischenlösung müsse eine schnelle Umsetzung erfolgen.

Stadtrat Claassen äußert, dass er das Vorgehen mit dem Umgang des fraktionsübergreifenden Antrags nicht für gut halte. Er habe Bedenken gegen den Standort Hugenmatt, da die Fläche für Gewerbe benötigt werde. Er spricht sich für eine Refinanzierung durch ein gemischtes Konzept und die alleinige Umsetzung aus.

Stadtrat Oehler geht auf die Optimierung des Flächenverbrauchs im Bereich Hugenmatt ein.

Von Stadtrat Pichlhöfer werden ebenfalls Bedenken geäußert. Er bittet, die Machbarkeit von Wohnen und Gewerbe gut zu prüfen.

Stadträtin Salach verweist auf die im Hauptausschuss geäußerte knappe Flächenbemessung für den Depotneubau. Dieser müsse frühzeitig geprüft werden.

Der Vorsitzende gibt an, dass Wohnungen im Gewerbegebiet nicht beabsichtigt seien. Er bestätigt, dass die erforderliche Größe des Depotneubaus nochmals überprüft werden müsse.

Stadtrat Lusche merkt an, dass er sich aus persönlichen Gründen aus der Diskussion heraushalte.

Der Vorsitzende stellt dar, dass es sich lediglich um ein Angebot der Bürgerstiftung gehandelt habe. Man werde zudem nochmals mit dem Museumsverein sprechen.

Hierauf fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, das neu zu errichtende Museumsdepot am Standort Brombach Ost (Hugenmatt) zu planen. Hierzu sollen die baurechtlichen Fragen sowie die Frage der Kosten und der Wirtschaftlichkeit bis Anfang 2018 geklärt werden. Ferner beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung mit einer Kostenermittlung für diesen Standort und für die Prüfung des Angebots der Bürgerstiftung sich als Investor zu betätigen.

2. Der interfraktionelle Antrag zur Errichtung des Museumsdepots im Aichele Park wird nicht weiter verfolgt.

TOP 5

Modal Split: Das Verkehrsverhalten der Lörracher Bevölkerung Ergebnisse einer repräsentativen Haushaltsbefragung im Jahr 2016 Vorlage: 051/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er gibt an, dass sich im Rahmen der Erhebung in Lörrach gezeigt habe, dass es einen hohen Anteil an Fußgängern gibt. Dieser Feststellung müsse durchaus Beachtung geschenkt werden.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf die Beratung im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales. Die Erhebung soll ein Zwischenschritt sein und nicht das Ende der Verkehrsentwicklung in Lörrach. Es gehe nicht um die Anzahl der einzelnen Verkehrsarten, sondern um die Verhältnisse zugrunde gelegter Wege. Es gebe in Lörrach einen hohen Fußgängeranteil, allerdings nur einen geringen ÖPNV-Anteil von rund 7 Prozent. Die Erhebung sei eine gute Arbeitshilfe bei künftigen Entscheidungen.

Stadtrat Escher dankt der Firma Omnitrend für die Erhebung. Die Zahlen seien repräsentativ und würden für künftige Diskussionen hinsichtlich der strategischen Mobilitätsplanung eine gute Grundlage bilden. Lörrach sei eine Einkaufsstadt, eine Wohlfühlstadt, eine Kinder-, Sport- und Fahrradstadt. Bei Entscheidungen im Gemeinderat müsse man den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden. Die Fraktion der CDU wolle sich für ausgeglichene Verhältnisse bei den Verkehrsarten einsetzen.

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass im Rahmen der Erhebung nur Personen aus der Stadt selbst und aus den Ortsteilen befragt wurden, nicht aber von außerhalb Lörrachs. Der ÖPNV-Anteil sei sehr gering. Hier gebe es noch Handlungsbedarf. Im Vergleich gegenüber anderen Kommunen bewege man sich damit aber im Mittelfeld. Dies stelle eine positive Orientierungsmöglichkeit für Lörrach dar. Die Bürgerschaft in der Stadt verhalte sich im Hinblick auf Verkehrsthemen sehr intelligent. Es gebe sehr viele Radfahrer und Fußgänger. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs liege unterhalb von 50 Prozent. Die Lörracher Bürger seien sehr umweltbewusst. Die Stadt müsse bald einen Verkehrsplaner einstellen, um das Mobilitätskonzept für die Stadt sowie verschiedene Machbarkeitsstudien durchzuführen.

Stadträtin Cyperrek führt aus, dass die Erhebung eine gute Basis für das noch zu entwickelnde Mobilitätskonzept darstelle. Sie befindet, dass die Ergebnisse der Erhebung nicht angezweifelt werden dürften. Die Ergebnisse seien anhand normativer Verfahren erhoben worden. Es müssten nun Schritte in die Wege geleitet werden, um den ÖPNV-Anteil weiter zu erhöhen. Über Ziele und Maßnahmen müsse diskutiert werden. Es dürfe keinen Kampf um öffentlichen Raum geben. Die kommende Erhebung werde noch weitaus spannender sein.

Stadtrat Wernthaler bedankt sich für die Vorstellung der Ergebnisse. Er halte die Zahlen für durchaus belastbar. Insgesamt würden 71 Prozent der Wege innerhalb des Stadtgebiets zurückgelegt. Dies zeige, dass eine Großzahl von Personen innerstädtisch mobil sein wolle. Es gehe nicht um eine Konkurrenz zwischen Fahrrad und Auto, sondern um klare Grenzwerte und eine stadtverträgliche Mobilität.

Stadtrat Claassen betont, dass man alle Verkehrsteilnehmer im Auge habe. Man müsse die Bevölkerung dazu animieren, auf den ÖPNV umzusteigen. Mit den Ergebnissen der Erhebung könne man arbeiten. Der ÖPNV müsse indes weiter gestärkt werden. Auch die Informationspolitik der Stadt müsse in diesem Zusammenhang verbessert werden. Die Stadt müsse Geld in die Hand nehmen und auch die Tram-Verlängerung müsse Thema bleiben. Es gebe noch viele ungelöste Verkehrsprobleme in der Stadt.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass die Ergebnisse sehr wichtig für die kommenden Diskussionen seien. Er freue sich auch darüber, dass die Ortsteile berücksichtigt wurden. Beim ÖPNV gebe es in Lörrach noch nicht ausgeschöpfte Potenziale. Die Stadt habe 200.000 Euro in den Busverkehr investiert, der Busverkehr müsse jedoch auch ausreichend beworben werden. Es gebe noch viel zu tun. Die Bevölkerung müsse bei der Mobilitätsentwicklung mitgenommen werden. Neben der IG Verkehr und der IG Velo brauche es auch eine IG Fuß.

Stadtrat Denzer führt aus, dass er die Ergebnisse der Erhebung niemals angezweifelt habe. Er habe jedoch wissen wollen, wie sehr belastbar die Zahlen seien und ob diese auch analog auf die Ortsteile angewendet werden können.

Stadtrat Escher wirft ein, dass Förderungen von Verkehrsarten separat diskutiert werden müssten. Seiner Meinung nach lasse die Erhebung eine klare Tendenz erkennen. Hinsichtlich der Verbesserung des Autoverkehrs seien schließlich keine Fragen erstellt worden. Eine IG Fuß halte er für sinnvoll. Es dürften aber nicht gleich wieder einseitige Maßnahmen gefordert werden. Mit der Fraktion der CDU werde es in Lörrach keinen verkehrspolitischen Stillstand geben.

Stadtrat Lusche findet, dass nur das Gesamtergebnis an sich betrachtet, dieses aber nicht heruntergerechnet werden könne. Auch Pendlerströme gelte es zu berücksichtigen. Lörrach sei im Landkreis ein zentraler Ort, an dem auch viele Personen einer Beschäftigung nachgehen würden.

Im Folgenden äußert sich die Bürgerin Frau Englert, Vertreterin der IG Verkehr.

1. Der Gemeinderat nimmt vom Bericht: „Das Verkehrsverhalten der Lörracher Bevölkerung“ Kenntnis.
2. Der Bericht dient als Basis für die Erarbeitung des Strategischen Mobilitätskonzeptes, bei dem auch vom Gemeinderat Zielgrößen für die einzelnen Verkehrsarten festgelegt werden sollten. Die Hinweise und Verbesserungsvorschläge werden im Rahmen des zu erstellenden Strategischen Mobilitätskonzeptes weiterbearbeitet.

TOP 6

Übernahme der Trägerschaft für die neue Kita in der Alten Schule Haagen

Vorlage: 068/2017

Bürgermeister Dr. Wilke berichtet, dass man das Gespräch mit potentiellen Partnern gesucht habe. Da die Betreuungsplätze benötigt würden, solle die Einrichtung in Trägerschaft der Stadt selbst realisiert werden.

Stadträtin Krämer erklärt, dass sie sich über die neue Kindertagesstätte und die Nutzung des alten Schulgebäudes freue. Sofern die kurzfristige Inbetriebnahme nicht möglich sei, solle auch die Personalsuche später erfolgen.

Stadtrat Simon gibt das Anliegen des Ortschaftsrates Haagen weiter, das Zugangsrecht auf der Rückseite des Gebäudes noch zu klären.

Stadträtin Kurfeß stimmt dem Vorhaben zu und merkt an, dass sich die Kita-Landschaft verändere. Im Falle einer anderen Trägerschaft der Einrichtung würden annähernd dieselben Kosten auf die Stadt Lörrach zukommen. Sie weist darauf hin, dass aufgrund der städtischen Trägerschaft auch die Personalkosten steigen werden.

Stadtrat Claassen verweist auf den Bedarf an Kita-Plätzen in Haagen. Er denke, dass die städtische Trägerschaft teurer sei.

Auf Nachfrage von Stadtrat Pichlhöfer teilt Bürgermeister Dr. Wilke mit, dass man hinsichtlich des Überfahrtsrechts mit dem angrenzenden Eigentümer in Kontakt stehe.

Bürgermeister Dr. Wilke erläutert die Trägersubsidarität, nach welcher die Stadt eine Übernahme durch andere Träger an erster Stelle prüfen müsse. Von der Höhe her sei es nahezu egal, ob es Personal- oder Betriebskosten für die Stadt seien.

Auf Anmerkung von Stadtrat Escher hierzu, erläutert Herr Schreiber vom FB Jugend/Schulen/Sport die Finanzierung und Förderung der Kitas durch die Stadt.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lörrach übernimmt die Trägerschaft für die neue Kita in der Alten Schule Haagen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zeit- und bedarfsgerecht die personelle Ausstattung der Einrichtung vorzunehmen.

TOP 7

Übergabe Tiefgarage Rosenfels an Stadtwerke Lörrach

Vorlage: 059/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stadtrat Koesler erkundigt sich, ob auch eine andere Regelung denkbar sei. Er halte bspw. eine Privilegierung der Lehrerschaft für nicht nachvollziehbar.

Betriebsleiter Droll teilt mit, dass sich an der bisherigen Praxis für die Lehrerparkplätze nichts ändern solle. Diese beruhe auf einem Ratsbeschluss von 1992. Die Bewirtschaftung und organisatorische Zuordnung solle lediglich an den Eigenbetrieb Stadtwerke übergehen. Dies mache Sinn, da sich im Parkhaus auch noch technische Anlagen des Bades befinden. Die Kosten der Lehrerstellplätze werden sich erhöhen.

Stadtrat Koesler hält dies dennoch für nicht vertretbar. Er werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Fachbereichsleiter Sproß erklärt, dass die Abrechnung für die Lehrerparkplätze bislang über die Schulsekretariate erfolgt sei. Er bestätigt, dass nach einer vertraglichen Lösung für die Gesamtsituation gesucht werden müsse.

Auch der Vorsitzende sieht die grundsätzliche Problematik in den Parkmöglichkeiten an den Schulen. Dies sei hier jedoch nicht Diskussionspunkt.

Auf Nachfrage von Stadträtin Höfler stellt Betriebsleiter Droll dar, dass es in der Hallenbad-Tiefgarage keine öffentlichen Besucherparkplätze mehr geben werde. Dafür würden oberirdisch mehr Parkmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Stadtrat Koesler schlägt vor, die Lehrerparkplätze in den unterrichtsfreien Zeiten frei zu geben.

Hierauf schließt der Vorsitzende die Diskussion und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Übergabe der Tiefgarage Rosenfels zum 01.01.2017 in das Anlagevermögen der Stadtwerke Lörrach zum Preis von 104.000 € zu.

TOP 8

Anpassung der Parkgebühren und Erneuerung der Parkscheinautomaten

Vorlage: 066/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Dr. Vogelpohl hält die Anschaffung neuer Parkscheinautomaten für richtig. Auch die Anpassung der Gebühren sei in Ordnung. Er wolle wissen, ob auch das „Schweizer Modell“ umsetzbar sei.

Es folgt eine kurze Aussprache.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass aufgrund von vielen Dauerparkern das „Schweizer Modell“ keine Alternative sei.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Das Konzept zur Beschaffung neuer Parkscheinautomaten wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Gebühren in **Parkzone 4** werden wie folgt angepasst:

Parkdauer	Gebühr (bisher)	Gebühr (neu)
je 60 Minuten	0,25 €	0,50 €
Tagesparkschein	2,50 €	5,00 €
Wochenparkschein	7,50 €	15,00 €
Monatsparkschein	23,00 €	45,00 €

Der Gemeinderat stimmt der entsprechenden Änderung der Parkgebührensatzung (gemäß Anlage 2) zu.

TOP 9

Hans-Thoma-Gymnasium: Brandschutzmaßnahmen und zweiter baulicher Rettungsweg mit elektrotechnischer Sanierung

Vorlage: 075/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadtrat Denzer gibt an, dass er nicht gegen Brandschutz sei, er wolle jedoch wissen, ob die Maßnahmen nicht günstiger ausgeführt werden können beziehungsweise, ob die Stadt hier gründlich sparsame Alternativen geprüft habe.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass man zwei Gutachter eingeholt habe. Die Maßnahmen seien absolut notwendig. Die Maßnahmen seien indes sehr aufwendig und umfangreich und würden deshalb auch dementsprechend teuer. Es müsse auch eine Entlas-

tung der Treppe im Haupttreppenhaus erreicht werden. Es gebe keine Alternativen zu den Maßnahmen.

Stadtrat Denzer wolle wissen, inwiefern hinsichtlich der Umsetzung der Maßnahmen Expertenmeinungen eingeholt worden seien. Er frage sich, ob die Umsetzung der Maßnahmen nicht günstiger erfolgen könne.

Fachbereichsleiterin Buchauer sagt, dass man sich mit dem zuständigen Architekten über eine Variante der Ausführung geeinigt habe.

Stadtrat Claassen bittet darum, verschiedene Angebote einzuholen. Er wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass nicht nur der Brandschutz, sondern auch die Funktionalität des Gebäudes verbessert werde. Die vorgesehenen Maßnahmen seien schon seit langer Zeit geplant.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass auch die Erhöhung der Funktionalität des Gebäudes von großer Bedeutung sei.

Stadtrat Escher bekundet, dass wenn die Maßnahmen ausgeführt werden, diese klar unter den Vorzeichen des Brandschutzes stehen müssten. Die Frage von Stadtrat Denzer nach kostengünstigen Alternativen sei absolut berechtigt. Vorliegend gehe es nämlich nicht nur um Brandschutz.

Fachbereichsleiterin Buchauer führt aus, dass es im Hochbau bei Maßnahmen immer auch um Funktionalität gehe. Man vergolde hier nichts. Die Maßnahmen seien aber funktional sinnvoll angelegt. Es gehe vorliegend grundsätzlich um die Erfüllung von Brandschutzanforderungen.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass die Planung von einer Reihe von Architekten erarbeitet worden sei. Die Maßnahmen seien noch nicht ausgeschrieben worden.

Stadtrat Denzer sagt, dass er weder die Planung, noch deren Notwendigkeit in Frage stellen wolle. Er glaube aber, dass man günstigere Alternativen hätte prüfen müssen.

Bürgermeister Dr. Wilke antwortet, dass die Verwaltung die Zweitmeinung eines Experten eingeholt habe.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion stellt Stadtrat Pichlhöfer einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Bei 14 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 11 Nein-Stimmen votiert der Gemeinderat mehrheitlich für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes.

TOP 10

Abschluss der Jahresrechnung 2016 - Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2017

Vorlage: 069/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Alle Fraktionen erklären die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die pauschale Budgetübertragung von 50 % bzw. 100 % wird im Rahmen der Haushaltskonsolidierung entsprechend dem Gemeinderatsbeschluss vom 11.02.2016, Vorlage 019/2016, weiterhin ausgesetzt. Die Schulbudgets werden hiervon ausgenommen.
2. Davon abweichend werden Einzelanträge zur Übertragung gemäß Anlage 1 der Vorlage genehmigt. Die Ermächtigungsübertragungen aus Verwaltungsbudgets betragen
2.405.684,10 €
3. Bei den Investitionen (Anlage 2 der Vorlage) werden die Restmittel beim Grunderwerb zur weiteren Ankäufen im Gebiet Bühl III und Zentralklinikum übertragen in Höhe von
87.539,80 €
4. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Investitionsmittel kraft Gesetz nach § 21(1) GemHVO übertragen werden:

Laufende Maßnahmen und abgeschlossene, noch
nicht abgerechnete, Maßnahmen **7.164.358,95 €**

Summe 3. bis 4. (Anlage 2 der Vorlage, Investitionen) **7.251.898,75 €**

TOP 11

Auslaufen der Stromkonzession zum 31.12.2018; hier: Kriterienkatalog zur Durchführung eines Auswahlverfahrens für die Suche eines Kooperationspartners

Vorlage: 087/2017

Stadtrat Schlecht erklärt sich für befangen und verlässt für die Dauer der Behandlung des Tagesordnungspunktes das Ratsrund.

Der Vorsitzende erläutert das Anliegen der Beschlussvorlage.

Stadtrat Lusche erkundigt sich, ob der bereits zuvor beschlossene Kriterienkatalog aufgehoben werden müsse. Der Vorsitzende geht hierauf ein und hält zur Klarstellung eine Ergänzung des Beschlussvorschlags für unschädlich.

Stadtrat Berg bedauert, dass eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung der Bürger nicht möglich sei, hat hierfür jedoch Verständnis.

Stadträtin Cyperrek bittet um Prüfung, ob zu einem späteren Zeitpunkt die Beteiligung einer Genossenschaft möglich sein könne.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden ergänzten Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem vorgelegten Kriterienkatalog (Stand: 08.05.2017) zur Durchführung eines Auswahlverfahrens für die Suche eines Kooperationspartners zu. **Dieser ersetzt den bisherigen Kriterienkatalog (Gemeinderatsbeschluss vom 27.04.2017).**
2. Eine gesellschaftsrechtliche Bürgerbeteiligung soll im Rahmen des Auswahlverfahrens nicht weiter verfolgt werden.

TOP 12

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften „First / Schlatt“

- Bericht über die förmliche Auslegung gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB
- Satzungsbeschluss

Vorlage: 041/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stadträtin Salach erkundigt sich, wie die Kommunikation an die Personen erfolge, die in dem Bereich bereits Flächen bewirtschaften. Zudem hinterfragt sie die im Plan angegebenen Wege. Stellv. Fachbereichsleiter Haasis teilt mit, dass die Art der Information der Eigentümer noch geprüft werde und begründet die Möglichkeit der Wegeführung.

Von Stadtrat Koesler werden die Regelungen als überzogen empfunden. Stellv. Fachbereichsleiter Haasis erklärt, dass die Regelungen mit der Unteren Naturschutzbehörde und Forstexperten abgestimmt seien. In diesem Zusammenhang verbessert der Vorsitzende einen grammatikalischen Fehler hinsichtlich der Regelung zulässiger Materialien für Sammelbehälter für Niederschlagswasser (Holztonnen). In der Planausfertigung wird dies redaktionell korrigiert werden.

Herr Kayser aus der Zuhörerschaft möchte wissen, ob es einen Bestandsschutz für die jetzigen baulichen Anlagen und Pflanzen gebe. Stellv. Fachbereichsleiter Haasis bestätigt den Bestandsschutz. Eine Beachtung der neuen Regelungen sei bei Veränderungen oder Neuerungen geboten.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB vorgebrachten Belange werden entsprechend der Auflistung in den Anlagen 6 und 7 der Vorlage abgewogen und beschieden.
2. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 10 BauGB i. V. m. § 74 LBO den Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften "First / Schlatt" als Satzung.

TOP 13

Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats und seiner Ausschüsse - neue Redeordnung in den Sitzungen

Vorlage: 045/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der dargestellten neuen Redeordnung in den Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen und der entsprechenden Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats und seiner Ausschüsse (Anlage 3) wird zugestimmt.

TOP 14

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

14.1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Der Vorsitzende informiert über die nichtöffentlichen Beschlüsse aus der Sitzung des Gemeinderats am 27. April 2017:

Vermietung Villa Aichele an bbv Akademie gGmbH Lörrach

1. Die Villa Aichele wird an die bbv Akademie gGmbH auf der Grundlage des beige-fügten Konzepts vermietet.
2. Die Vertragslaufzeit beträgt 10 Jahre mit anschließend zweimaliger Verlängerungsoption von jeweils 5 Jahren
3. Die bbv Akademie gGmbH übernimmt die Sanierungs- und Renovierungsarbeiten sowie die für den Gastronomiebetrieb notwendigen Ausbauarbeiten. Die Investitionen wurden auf den Mietpreis angerechnet.

Ankauf der Grundstücke im künftigen Gebiet des Bebauungsplans „Bühl III“, Gemarkung Brombach

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Lageplan (Anlage 1 der Beschlussvorlage) ersichtlichen Grundstücke im Gebiet des künftigen Bebauungsplans „Bühl III“ soweit die Zustimmung der Eigentümer vorliegt anzukaufen und die entsprechenden Kaufverträge abzuschließen.
2. Haushaltsmittel in Höhe von ca. 1.259.000,-- € werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

14.2 Änderung der Sitzungsbekanntgabe

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass ab dem 1. September 2017 die ortsübliche Sitzungsbekanntgabe der Stadt Lörrach nur noch über das Internet erfolge. Der Aushang im Ratshausschaukasten erfolge weiterhin, jedoch lediglich im Sinne eines Service-Angebots.

TOP 15

Allgemeine Anfragen

15.1 Situation Fachbereich Recht / Stiftungen / Baurecht

Stadtrat Lindemer wolle wissen, wie sich die derzeitige Situation im Fachbereich Recht / Stiftungen / Baurecht gestalte. Er habe sich hiernach bereits mehrfach erkundigt, aber bis heute keine Antwort erhalten. Im Folgenden verliest er einen entsprechenden Antrag der Fraktion der Freien Wähler (Anlage 4).

15.2 Parkplätze Neumatt-Sporthalle

Stadtrat Escher wolle wissen, warum die Parkplätze bei der Neumattsporthalle von Vereinsmitgliedern nicht mehr genutzt werden dürfen. Abends und in der Nacht seien schließlich auch keine Lehrer vor Ort. Die Parkplätze sollten der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Anfrage in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales behandelt werden solle.

15.3 Anfrage zur Beitreibung von Bußgeldern

Stadtrat Escher betont, dass es ihm bei seiner Anfrage hinsichtlich der Beitreibung von Bußgeldern um ausländische Fahrzeuge ging. Er wolle hier wissen, wie viele Verwarnungen es gegeben habe und wie viele davon niedergeschlagen worden seien.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass die Anfrage derzeit aufgearbeitet werde.

15.4 Einsatz Parkkralle

Stadtrat Escher wolle wissen, warum in Lörrach keine Parkkralle zum Einsatz komme.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass die Anfrage in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales behandelt werden solle.

15.5 Sanierung Friedhöfe

Stadtrat Escher wolle wissen, wann man auf den Lörracher Friedhöfen, insbesondere am Friedhof Tumringen, die notwendigen Sanierungsmaßnahmen treffe, um den Besuchs- und Bestattungsbetrieb gewährleisten zu können.

Bürgermeister Dr. Wilke führt aus, dass es hinsichtlich des Friedhofs Tumringen einen Beschluss gebe, wonach dort nur Maßnahmen durchgeführt werden, sofern diese für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit erforderlich sind. Im Weiteren wolle man zunächst die Ergebnisse der Friedhofsentwicklungsplanung abwarten.

15.6 Brunnen-Initiative Tumringen

Stadtrat Lusche wolle wissen, was es mit der Brunnen-Initiative in Tumringen auf sich habe.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung diese Thematik gerade aufarbeite.

15.7 Situation Friedhöfe in Lörrach

Stadtrat Pichlhöfer wolle wissen, wann die Situation der Friedhöfe in Lörrach in den Gremien behandelt werde.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass im September zunächst über die Bodenwerte berichtet werden solle und es dann mit der Friedhofsentwicklungsplanung weitergehe.

TOP 16

Fragestunde der Einwohner/innen

keine

TOP 17
Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

17.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 27. April 2017

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
gez. Roßkopf / Koesler

Schriftführung:
gez. Heinze /Ockenfuß